

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den langjähr. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kioskbüchereien 1 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. möglich. Abnehmer außerhalb des Reiches werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 24. März 1926. Nr. 71. — 85. Jahrgang. Tel. Nr.: „Amtsblatt“

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamtis Tharandt, Finanzamts Riesa.

Behemmte Steuerentlastung.

Zu den schäumenden Wein der großen Steuerentlastungsaktion ist nun durch den neuen Kompromißvorschlag der Regierung eine ganze Menge Wasser hineingetan worden. Der neue Reichsfinanzminister Meinholtz stieß bei der Aufwindung dieser Aktion im Reichstag bei den Parteien in auf mancherlei Bedenken, weil man die Besorgnis nicht unterdrückte: Wie werden wir in der Lage sein, trotz Steuerentlastung die ansteigenden Reparationslasten zu tragen? Und weil die bange Frage auftauchte: Werden wir nicht dann in kurzer Zeit wieder genötigt sein, die Steuerentlastung anzuziehen?

Die Voraussetzung der Steuerentlastungsaktion war die eine Tatsache, daß im vergangenen Haushaltsjahr ein ganz bedeutender Überschuß über die Sollsummen erzielt worden war, weil unsere Wirtschaft nach der Überwindung der Inflation in eine aufsteigende Kurve der Entwicklung gerieten war. Diese Überschüsse hatten sich, wenn auch in geringem Maße, gleichfalls im ersten Halbjahr der neuen Haushaltsperiode fortgesetzt, um dann im Oktober allerdings auf einen sehr schnell absteigenden Abfall zurückzuführen zu werden. Nun hat der Reichsfinanzminister Meinholtz im Steuerentschluß des Reichstages ganz offen erklärt, daß die Aufwärtsbewegung der Wirtschaft sich nicht in der Art eingestellt habe, wie man es vor acht Wochen noch annehmen konnte, als das ursprüngliche Finanzprogramm der Regierung aufgestellt worden war. Offenbar sind die Reichseinnahmen derart zurückgegangen, daß die Regierung starke Bedenken bekam, mit ihrer Entlastungsaktion vorzugehen. An der Abschaffung der Zugunstensteuer will man aber festhalten. Sie hat selbst im Rechnungsjahr 1924/25, als sie noch bedeutend höher war, nur 119 Millionen erbracht; die weitere Herabsetzung wird dann angesichts der steigenden Wirtschaftskrise zu so geringen Beträgen geführt haben, daß ein Verzicht auf sie keine Überwindung mehr kostete. Eine Überraschung aber bedeutete die Erklärung des Finanzministers, daß die Umsatzsteuer nicht wie ursprünglich beabsichtigt um 40 % ermäßigt, d. h. von 1 % auf 0,6 % herabgesetzt werden soll, sondern nur auf 0,75 %, d. h. um nur 25 %. Diese Steuer, an der ja auch die Länder wegen der an sie erfolgenden prozentualen Abzweigung ein besonders starkes Interesse haben, hat im Rechnungsjahr 1924/25 rund 1800 Millionen erbracht; wahrscheinlich werden die Finanzminister der Länder bei ihrer kürzlich erfolgten Zusammenkunft in Berlin Bedenken gegen alle weitgehende Pläne des Reichsfinanzministers geltend gemacht haben — anscheinend nicht erfolglos.

Angesichts der Notlage der Länder ist die vollständige Aufhebung der Wein- und Sektsteuer verständlich; außerdem sind die dabei erzielten Beträge nicht sehr erheblich. Die Sozialdemokratie allerdings erhob den Vorwurf, diese Entlastung der Regierung entflamme letzten Endes den agitatorischen Bedürfnissen einzelner Parteien und einzelner Wahlkreise.

Nicht bloß der Mindereingang von Reichseinnahmen scheint aber die Veranlassung zu einem gewissen Hemmen bei der Steuerentlastungsaktion gewesen zu sein, sondern auch neue Ausgabeverpflichtungen müssen bei diesem Entschluß mitgewirkt haben. Die Regierung deutete nämlich an, daß es mit der Liquidierung der ausgetretenen Erwerbslosen nicht mehr so weitergehen, sondern daß an das Reich — durch die Gemeinden — recht erhebliche Anforderungen gestellt werden würden. Man kann dagegen nun freilich einwenden, daß die Erziehung des Zieles der ganzen Steueraktion, nämlich die Wirtschaft wieder flottzumachen, weit wichtiger ist, als an Einzelmaßnahmen der Wirtschaftskrise herumzudoktern, weil mit der Erreichung dieses Zieles auch die Symptome abklingen, jene Erwerbslosen also dann von selbst wieder Arbeit finden würden. Das hat dann aus diesem Grunde im Steuerentschluß zu beständigem Zwistigkeiten geführt und es ist im Augenblick noch gar nicht erkennbar, welches das parlamentarische Schicksal der Regierungsvorlage sein wird. Gerade die nun nicht mehr sehr erhebliche Entlastung der Umsatzsteuer wird nämlich nicht bloß bei den Sozialdemokraten, sondern vor allem bei den Deutschnationalen auf heftige Gegnerschaft stoßen, so daß die Regierung mit ihren Vorschlägen leicht in der Minderheit bleiben könnte. Anders liegen die Dinge hinsichtlich der Hinausschiebung des Termins, an dem die neue Erhöhung der Biersteuer in Kraft treten soll; damit dürfte die Sozialdemokratie wohl einverstanden sein angesichts der Tatsache, daß die Steuer vom 1. April bis zum 31. Dezember 1925 bereits 30 Millionen mehr erbracht hat als im ganzen vorhergehenden Etatsjahr.

Das ganze Steuerkompromiß mit seiner Entlastungsaktion sollte im Parlament so schnell erledigt werden, daß die neuen Bestimmungen schon am 1. April in Kraft treten können. Ob das jetzt angesichts der ziemlich verwirrteten parlamentarischen Lage noch möglich sein wird, kann zweifelhaft erscheinen, vielleicht noch zweifelhafter als die Hoffnung, daß die ganze Aktion sich nach der Richtung einer Preisentlastung oder gar nach einer Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft auswirken wird.

Große Reichstagsmehrheit für Genf.

Billigung der Genfpolitik.

n. Berlin, 23. März.

Ein Tag voller Selbstanklagen und Überraschungen im Reichstag. Schon bei Eröffnung der Sitzung wirkte es auffällig, daß trotz der wichtigen Entscheidungen, die bevorstehen, das Haus nur sehr schwach, die Regierungsbank überhaupt nicht besetzt ist. Es soll über Mißtrauens- und Vertrauensanträge abgestimmt und damit über die Genfpolitik des Kabinetts Dr. Luther das Urteil gefällt werden. Doch die „Angeklagten“, wenn man so sagen darf, die Minister selber, sind nicht da. Die sich später herausstellte, wollen sie sich keinen Angriffen von öffentlicher Seite aussetzen, die sie nach einer Mitteilung des Präsidenten Lohde nicht in gleicher Form zurückgeben können, ohne unparlamentarisch zu werden. Als der sozialdemokratische Abg. Breitscheid zu sprechen beginnt, erscheinen denn auch die führenden Mitglieder der Regierung. Die Debatte geht noch immer für und gegen Genf, für und gegen den Völkerverbund, ohne daß sich die bisher ausgesprochenen Meinungen auf den verschiedenen Seiten irgendwie geändert hätten. Aber eine Sensation gibt es doch, nämlich als sich der frühere Großadmiral von Tirpitz erhebt und zum erstenmal in diesem Hause als Abgeordneter das Wort nimmt. Er umreißt nochmal den Standpunkt seiner Partei, der Deutschnationalen, und fordert Ablehnung von den Genfer Vereinbarungen, Ablehnung vom Völkerverbund, Reichstanzler Dr. Luther selbst antwortet Herrn von Tirpitz und verteidigt auch ihm gegenüber die Richtlinien der bis jetzt eingehaltenen Politik, bei deren weiterer Verfolgung allein das Heil Deutschlands zu erwarten sei. Und nun beginnen die Abstimmlungen. Der deutschnationale und der kommunistische Mißtrauensantrag werden abgelehnt, die Billigung der Regierungsparteien für die Tätigkeit der Herren Dr. Luther und Dr. Stresemann findet eine große Mehrheit im Hause. Einige Nebenanträge verfallen ebenfalls der Ablehnung. Damit ist der Höhepunkt des Tages überschritten, die Regierung in ihrem Amt ans neue bestätigt.

Sitzungsbericht.

(184. Sitzung.) CB. Berlin, 23. März.

Der Reichstag setzte in Verbindung mit der zweiten Lesung des Entwurfs des Reichstanzlers und des Auswärtigen Amtes die außenpolitische Debatte fort.

Abg. Graf Reventlow (Dö.) meinte, die Rede Brändls vom 15. Februar hätte den Reichstanzler und den Außenminister ruhig machen müssen. Frankreich habe nach jener Rede nach wie vor völlig freie Hand. Seine und seiner politischen Freunde Tadeln, daß der Geist von Locarno niemals erlirkt hätte, hätte sich als richtig erwiesen. Das Wesen des Völkerverbundes sei der Vertrag von Versailles. Der Redner schloß mit der Forderung: Fort mit dem Dawes-Gesetz, fort mit Locarno, fort mit dem Völkerverbund. Seine Freunde seien der Ansicht, daß die Zukunft Deutschlands nach Osten weise. Sie verlangten einen wahren Völkerverbund mit Selbstbestimmung der Völker.

Abg. von Gräfe (Dö.) beantragte Vertagung der Sitzung, bis sich die Regierung eingefunden hätte, so wie es die Steuerzahler verlangen könnten. (Die Regierungssitze waren während der Rede des Grafen von Reventlow vollkommen leer.) Präsident Lohde meinte, es sei natürlich unerwünscht, wenn bei solchen Debatten der Regierungssitz vollständig leer sei. Aber das sei wohl nicht Zufall, sondern Wille, die er sich nicht anders erklären könne, als dadurch, daß früher schwer persönliche Beleidigungen bei Reden der bürgerlichen Abgeordneten gefallen seien, die in einem Falle zu einer Ausweisung wiederholt zu einer Rüge geführt hätten. Die Partei des Redners sei selbst in der Lage, diesen Zustand zu ändern. Der völkische Antrag wurde darauf gegen die Stimmen der Dö., D., Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Als Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) an das Rednerpult trat, erschienen unter großem Hallo der Rechten die Minister Dr. Stresemann, Dr. Aulz und die Regierungs-Kommissare im Saale. Die meisten Deutschnationalen verließen den Saal. Abg. Dr. Breitscheid erklärte, ohne Locarno wäre Genf nicht möglich gewesen, Locarno nicht ohne das Dawes-Abkommen und für das Zustandekommen des Dawes-Abkommens sei die deutschnationale Fraktion mindestens zu 50 % verantwortlich, weil sie um jeden Preis in die Regierung hinein wollte. Die Sozialdemokraten könnten die jetzige Außenpolitik im weitestgehenden billigen, wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen in harter Opposition gegenüberstünden. Seine Freunde billigten die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Es sei nicht wahr, daß die Deutschen dort wie Bettler mit dem Hut in der Hand vor der Tür gestanden hätten. Deutschland hätte schon am ersten Tage in den Völkerverbund eintreten können, es habe es nicht getan, weil die deutsche Delegation an ihren Bedingungen festhalten wollte. Seine Freunde hätten in Brind den Mann des guten Verständigungswillens gesehen. Wenn aber Locarno ohne Kenntnis Deutschlands Versprechungen an Polen u. dergl. gemacht hätten, so müßten auch die Sozialdemokraten das nicht als korrekt und als lobend bezeichnen. Die Verständigung mit Polen müßte aber einmal kommen, weil Deutschland und Polen aufeinander angewiesen seien. Seine Partei verlange, daß an der Locarnopolitik festgehalten werde und daß Deutschland unter den bekannten Bedingungen in den Völkerverbund eintrete.

Mißtrauensanträge.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: der Reichstanzler und der Reichsaussenminister besitzen nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Die Dö., die haben einen, wie allgemein angenommen wird, ironisch gemeinten Antrag eingebracht. Er hat folgenden Wortlaut: „In dem der Reichstag über alle anderen Anträge, die die Haltung der Reichsregierung, des Reichstanzlers oder des Reichsministers des Auswärtigen, zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Regierung, insbesondere dem Reichstanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen, das Vertrauen aus.“

Präsident Lohde teilt die Einbringung des deutschnationalen Mißtrauensantrages mit und bemerkt dazu, daß die Regierungsparteien dazu wie zum völkischen Antrag Übergang zur Tagesordnung beantragen. Unter allgemeiner Übergangung nimmt nun das Wort

Abg. v. Tirpitz.

der damit zum erstenmal im Reichstag spricht. Er wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beabsichtigten Form weitergeführt werden dürfe. Er meinte, die in Locarno und in Genf angewandten Methoden hätten nicht zum Ergebnis geführt. Sie wären für Deutschland verhängnisvoll.

Die deutschen Unterhändler hätten leider in Locarno unterlassen, sich grundsätzlich die unveränderte Zusammenfassung des Völkerverbundes bis nach dem Eintritt Deutschlands anzuhängen zu lassen. Vor dem glatten Siege Frankreichs über Deutschland habe man der letzte unversäuerte Borsoff Brasilia geteilt. Angesichts dieser Lage hätte Deutschland sich durch das Kommuniqué in gefährlicher Weise mit den Vätern identifiziert, deren illoyales Spiel schließlich nicht in Deutschland, aber sonst in der ganzen Welt klar geworden sei. Er müsse an dem Grundgesetz festhalten, nach dem ein Antrag, der auf einer Legation nicht zur Entscheidung gekommen ist, nicht gelöst werden darf, oder im Zweifelssinne den Antrag auf Aussetzung zurückziehen, wie die deutschnationale Fraktion dies jetzt beantragt hat.

Dies ist um so dringender, als wir gar nicht übersehen können, was alles in der Welt bis zum September geschehen kann. Wir machen zugleich vor der ganzen Welt deutlich, daß das Deutsche Reich die Verantwortung für das Genfer Chaos ablehnt. Diese Stellungnahme würde das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt mit einem Schlag herabsetzen. Wir würden außerdem einen Standpunkt einnehmen, der dem der Vereinigten Staaten von Nordamerika entspricht. Die Veröffentlichung des Berichtes einer so hervorragenden Persönlichkeit wie Doughton zeigt, daß der Weg, den Amerika gehen will, auch von uns unterlützt werden kann. Die Rechte spendet dem Redner förmlichen Beifall, links wird gelacht.

Reichstanzler Dr. Luther

erscheint auf der Rednertribüne und erklärt, der Rede des Abg. von Tirpitz hätte er zwei Gesichtspunkte entnommen, 1. handle es sich nicht darum, Locarno nach rückwärts zu revidieren (wenn er den Redner recht verstanden hätte), 2. soll Deutschlands Eintrittsgesetz in den Völkerverbund zurückgezogen werden. Es sei ein schweres Problem, diese beiden Gesichtspunkte zu vereinbaren.

Der Gedanke, Deutschland hätte seine Freiheit verloren, das Eintrittsgesetz zurückzuziehen, sei vollständig irrig. Deutschland habe diese Freiheit und daran sei auch nichts geändert worden durch das Kommuniqué. Deutschland wolle Locarno nicht nur nicht rückwärts revidieren, sondern wolle es ausgeben. Locarno sei heute die Grundlage der deutschen Außenpolitik.

Geht seien alle Wünsche noch nicht erfüllt, aber andererseits könne doch nicht behauptet werden, daß Locarno wirkungslos gewesen sei. Deutschland habe doch vieles erreicht, das ohne Locarno nicht erreicht worden wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Daß die Locarnopolitik fortgesetzt und ausgebaut werden solle, sei in dem Kommuniqué ausgesprochen. Er bekenne sich dazu, daß das Kommuniqué in seinen Grundgedanken der deutschen Initiative entsprungen sei. (Lebhafte Zustimmung, laut rechts und links und in der Mitte.) Genf, einen anderen Weg hätte es gar nicht gegeben, um festzustellen, daß trotz des vorläufigen Rücktritts in den Völkerverbund die Locarnopolitik fortgesetzt werden solle und die Locarnoabmachungen auch künftig in Kraft treten sollten. Eine Zurückziehung des deutschen Eintrittsgesetzes in den Völkerverbund würde dazu führen, daß die Meinung der Welt sage: Deutschland habe nicht bis zum Ende für Locarno gekämpft, sondern die deutsche Politik sei ungeschwankt. Die deutsche Politik würde dann nicht mehr für die des Friedens und der Verständigung angesehen werden, die man brauche. Der Kanzler schloß:

Noch etwas Persönliches: Ich hatte die Ehre, eine Regierung zu führen, der die Deutschnationale Volkspartei angehörte. Ich habe niemals irgendeine bestimmte parteipolitische Stellung eingenommen (Lauter Gelächter rechts und auf der äußersten Linken), und wenn das ganze Haus lacht, ich bekenne mich doch mit allem Nachdruck zu dem Standpunkt: es gibt neben den einzelnen politischen Parteien das Einhalten einer einfachen, klaren vaterländischen Richtung, das ist mein Programm. (Beifall.) Gerade in dieser Stunde, wo gegen meine Person von Deutschnationalen, mit denen ich vertauschbar zusammengearbeitet habe, ein Mißtrauensvotum eingebracht worden ist, bekenne ich mich erneut zu dem Standpunkt: daß für mich nur das gerade vaterländische Handeln das politische Programm ist. Ob ich in der Lage bin, diese Arbeit weiterzuführen, darüber entscheiden die zuständigen Stellen. (Beifall.)

Abg. Müller (Franken-Don.) meinte, Herr von Tirpitz...